DJG-Notizen!

Ausgabe 3/2023

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder

Bundesgewerkschaftstag

Editorial
Seite 2

Grußworte

zum Bundesgewerkschaftstag 2023

ab Seite 3

Fachbereiche

Berichte aus den Fachbereichen
ab Seite 21

Mitglied im dbb Beamtenbund und tarifunion

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT BUND e.V.

Editorial

Das Motto des Gewerkschaftstags 2023, "Zukunft formen, Chancen nutzen, Gemeinsam erfolgreich", trifft den Kern dessen, wofür wir uns gemeinsam einsetzen: Eine moderne, effiziente und gerechte Justiz, die den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist.
In einer Welt, die von raschen Veränderungen geprägt ist, ist es von entscheidender Bedeutung, die Zukunft zu formen, anstatt ihr passiv zu begegnen. Hierbei spielt die fortschreitende Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz eine bedeutende Rolle.

Wir, die DJG, haben bereits einen wichtigen Schritt getan, indem wir uns für einen Digitalpakt für die Justiz stark machen. Dieser Pakt soll es ermöglichen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und unsere Prozesse zu optimieren, um letztendlich gerechtere und effizientere Ergebnisse zu erzielen.
Die Digitalisierung der Justiz muss sozialverträglich erfolgen. Wir müssen sicherstellen, dass die Arbeitsplätze der Beschäftigten geschützt werden, dass die Beschäftigten die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und sich an den neuen Anforderungen zu orientieren. Wir müssen aber auch darauf achten, dass die Digitalisierung der Justiz nicht zu einer Zwei-Klassen-Justiz führt. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Bildungsstand Zugang zur Justiz haben.

Attraktive Arbeitsplätze sind der Schlüssel zur Zukunftsgestaltung. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Mitglieder in der Justiz motiviert und zufrieden ihre Arbeit verrichten können. Dazu gehören faire Arbeitsbedingungen, angemessene Entlohnung und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen stolz darauf sind, Teil der Justiz zu sein.

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Erfolg, ist die Nachwuchsgewinnung. Wir müssen junge Menschen für eine Karriere in der Justiz begeistern und ihnen die Perspektive bieten, ihre Fähigkeiten und Talente in einem spannenden und bedeutungsvollen Berufsfeld zu entfalten. Die Förderung des Nachwuchses in der Justiz, ist eine Investition in die Zukunft unserer Justiz und unseres Landes.

Nur gemeinsam sind wir erfolgreich und ich bin zuversichtlich, dass wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit der Politik meistern können.
Ihnen/Euch wünsche ich darüber hinaus persönlich einen weiterhin motivierten und kollegialen Einsatz für alle Aufgaben und Herausforderungen für die Justiz der Zukunft. Ich selbst werde auf dem Bundesgewerkschaftstag, nach dann zehn Jahren, nicht erneut für dieses Ehrenamt kandidieren, aber selbstverständlich mit aufmerksamem Blick die Geschicke unserer Deutschen Justiz-Gewerkschaft weiterhin begleiten.

Ihr/Euer
Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender

Grußworte zum Gewerkschaftstag

- Susanne Hoffmann, MdL Brandenburg, Seite 3
- Georg Eisenreich, MdL, Bayern, Seite 5
- Jaqueline Bernhardt, MdL, Mecklenburg-Vorpommern, Seite 6
- Dr. Benjamin Limbach, MdL, Nordrhein-Westfalen, Seite 7
- Petra Berg, MdL, Saarland, Seite 9
- Franziska Weidinger, MdL, Sachsen-Anhalt, Seite 11
- Dr. Felor Badenberg, Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Berlin, Seite 13
- Herbert Mertin, MdL, Rheinland-Pfalz, Seite 14
- Marion Gentges, MdL, Baden-Württemberg, Seite 15
- Kerstin von der Decken, MdL, Schleswig-Holstein, Seite 16
- Anna Gallina, Senatorin für Justiz, Hamburg, Seite 17
- Prof. Dr. Roman Poseck, MdL, Hessen, Seite 19
- Dr. Claudia Schilling, Senatorin für Justiz und Verfassung, Bremen, Seite 20

Grußwort
... von
Susanne Hoffmann, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

zum diesjährigen Bundesgewerkschaftstag richte ich Ihnen meine herzlichen Grüße aus.

Das Fundament einer leistungsfähigen Justiz ist eine auskömmliche Personalausstattung. Knapp vier Jahre nach meinem Amtsantritt kann ich sagen, dass die personelle Konsolidierung der Justiz in Brandenburg nunmehr abgeschlossen ist. Nach vielen Jahren der personellen Unterausstattung mit der Folge hoher Altbestände und langer Verfahrenslaufzeiten wurden in dieser Legislatur bisher 85 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und 121 Stellen im mittleren und gehobenen Dienst, damit insgesamt 206 neue Stellen, geschaffen. Neu besetzt werden konnten in dieser Legislatur bisher sogar 256 Stellen im richterlichen und staatsanwaltlichen Bereich sowie 417 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren und gehobenen Dienst.

Ein weiterer Meilenstein, der erreicht werden konnte, ist die Wiederaufnahme der Beamtenausbildung im mittleren Justizdienst. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Serviceeinheiten bilden das Rückgrat eines jeden Gerichts und einer jeden Staatsanwaltschaft. Die Reformierung der Ausbildung soll der Gewinnung und der dauerhaften Bindung von Nachwuchskräften dienen. Die ersten Ausbildungsanwärterinnen und –anwärter haben ihren Dienst bereits am 1. September 2023 begonnen. Die sich nach der Ausbildung anschließende Verbeamtung auf Lebenszeit soll sicherstellen, dass die Justiz langfristig funktionsfähig bleibt.

Auch im Bereich der Digitalisierung hat die Justiz in Brandenburg in dieser Legislatur große Fortschritte gemacht. Zentrales Projekt ist dabei die Einführung der elektronischen Akte, die sich auf alle Beschäftigten der Justiz auswirkt. In allen vier brandenburgischen Landgerichten sowie dem Brandenburgischen Oberlandesgericht werden die Akten in Zivil- und Handelssachen bereits seit dem Jahr 2022 ausschließlich elektronisch geführt. Bis Ende 2023 werden alle Amtsgerichte in Brandenburg in Zivil-, Familien- und Betreuungssachen mit der elektronischen Akte arbeiten. Der Grundstein für die Einführung der E-Akte bei den Staatsanwaltschaften wurde 2023 mit der Pilotierung im Bereich der Geldstrafenvollstreckung bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin gelegt. Bei den Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten sowie bei dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg wird die elektronische Akte im kommenden Jahr pilotiert und bis Ende 2024 an nahezu allen Standorten eingeführt sein.

Wir haben uns darüber hinaus in den letzten Jahren intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Justiz organisatorisch, strukturell und personell zukunftssicher aufgestellt werden kann. Unter dem Motto „Zukunftsfähig, Leistungsstark, Bürgernah“ fand das für die Brandenburger Justiz einzigartige Projekt „Zukunftskonferenz Justiz“ statt. Seit der Auftaktveranstaltung im September 2021 haben fünf Arbeitsgruppen mit über 60 Mitgliedern aus allen Be-

reichen der Justiz zahlreiche praxisorientierte Reformvorschläge erarbeitet. Daran haben sich auch die Gewerkschaften aktiv beteiligt und ihre Positionen während des gesamten Arbeitsprozesses eingebracht. Im September haben die Arbeitsgruppen die Resultate anlässlich einer feierlichen Abschlussveranstaltung Vertretern des Geschäftsbereiches, Personalvertretungen, Berufsverbänden, Gewerkschaften und der Presse vorgestellt. Die aus der Konferenz hervorgegangenen Vorschläge befinden sich in unterschiedlichen Phasen der Umsetzung und werden sich in positiver Weise auf die Leistungsfähigkeit, Attraktivität und Bürgernähe der Justiz auswirken.

Für eine leistungsstarke und den künftigen Herausforderungen gewachsene Justiz ist die Mitarbeit aller essentiell. Die Ideen und Impulse der Gewerkschaften sind daher unerlässlich, dieses Ziel zu erreichen. Ich danke allen Mitgliedern der Deutschen Justiz-Gewerkschaft für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft und wünsche Ihnen einen erfolgreichen Bundesgewerkschaftstag 2023.

Ihre

Susanne Hoffmann,
Ministerin der Justiz des Landes Brandenburg

Grußwort
... von
Georg Eisenreich, MdL

Bayern hat eine starke, moderne und bürgernahe Justiz. Das ist vor allem das gemeinsame Verdienst aller Justizangehörigen. Dafür danke ich allen Beschäftigten der bayerischen Justiz herzlich.

In den vergangenen Jahren konnten wir einen kontinuierlichen Stellenausbau erreichen. Im Zeitraum zwischen 2019 und 2022 sind berufsgruppenübergreifend bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften 272 Stellen hinzugekommen. Ein Teil davon wird auch für den zunehmenden IT-Betrieb der Justiz eingesetzt. Im Haushalt 2023 wurden weitere 150 neue Stellen für die bayerische Justiz einschließlich des Justizvollzugs geschaffen. Auf diesen Erfolgen wollen wir aufbauen.

Die bayerische Justiz ist ein gefragter Arbeitgeber. Damit das so bleibt, wollen wir auch künftig den Beschäftigten gute und moderne Arbeitsbedingungen bieten.

Die Arbeitsbelastung muss sich in einem angemessenen Rahmen bewegen. Dabei ist die Schaffung neuer Stellen ein wichtiger Fakor. Damit wir die Stellen auch in Zukunft besetzen können, haben wir unsere Bemühungen bei der Personalgewinnung weiter verstärkt. Beispielsweise werden wir unsere Webseite für die Nachwuchsgewinnung im Bereich der Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte in Gestalt eines Informationsportals für eine Vielzahl von Berufen in der bayerischen Justiz erweitern.

Gute Arbeitsbedingungen setzen auch eine angemessene Vergütung als Zeichen der Wertschätzung voraus. Daher setzen wir uns etwa für eine Verbesserung der Besoldungsstruktur in bestimmten Berufsgruppen ein. Beispielsweise führen wir mit dem für Finanzen zuständigen Staatsministerium derzeit eine neue Stellenzulage für Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister für Aufgaben im Sicherheitsbereich in Höhe von 80 Euro im Monat ein.

Moderne Arbeitsformen und vor allem flexible Homeofficemöglichkeiten gehören mittlerweile zum Standard. Deshalb haben wir erst letztes Jahr eine neue Dienstvereinbarung geschlossen, die die Homeofficemöglichkeiten noch einmal deutlich erweitert hat.

Ich wünsche Ihnen allen auf dem diesjährigen Bundesgewerkschaftstag einen interessanten Austausch und danke Ihnen für die stets konstruktive Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Eisenreich, MdL

Grußwort

...

Jaqueline Bernhardt, MdL

Sehr geehrte Delegierte,

meine Damen und Herren,

die Justiz in Mecklenburg-Vorpommern steckt mitten im demografischen Wandel. Die nächsten Jahre werden es zeigen, dass immer weniger Menschen für die Erledigung der Aufgaben zur Verfügung stehen. Dafür brauchen wir weiterhin gut motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen attraktive Arbeitsbedingungen zur Verfügung stehen. Unser Plan dafür steht mit dem Konzept „DIE Justiz 2030“. So müssen wir alles daransetzen, dass die Justiz attraktiv bleibt mit dem nicht minder wichtigen Ziel, für die Menschen einen bürgernahen und effizienten Rechtsstaat zu garantieren.

Die Ausstattung der Verhandlungssäle an den Gerichten ist zwingend notwendig und wird derzeit unter Hochdruck umgesetzt. Wir sind im Plan und haben die Hälfte der Säle mit Videotechnik ausgestattet. Die elektronische Akte ist ebenfalls bei jeder und jedem zweiten Mitarbeitenden bereits Grundlage. Bis 2026 gibt uns das Gesetz Zeit.

Dennoch: Alle Digitalisierungsbestrebungen dürfen nicht verdecken, dass die Nachwuchsgewinnung für mich an vorderster Stelle steht. Justiz lebt von Menschen, neuen Gesichtern und ihren Erfahrungen. Deshalb werben wir im gesamten Land auf Messen um neue Kolleginnen und Kollegen und entwickeln Maßnahmen, um uns noch attraktiver auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Ich freue mich, dass wir die Zahl der Studienplätze für die Rechtspflege erhöhen konnten. Wir haben die Zahl der Rechtsreferendarinnen und Referendare über die letzten Jahre verdreifacht. Nun prüfen wir, wie wir die Ausbildung für Justizfachangestellte verbessern können.

Für diese wichtigen Prozesse brauchen wir starke Gewerkschaften und Personalvertretungen, die kritisch, aber auch konstruktiv an unserer Seite stehen. Als Ministerin und als Verdi-Mitglied war es mir immer wichtig, mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Gespräch zu bleiben, zuzuhören und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Gewerkschaftstag.

Ihre Jacqueline Bernhardt

MdL des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Grußwort

... von

Dr. Benjamin Limbach, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

es freut und ehrt mich sehr, Ihnen anlässlich des diesjährigen Bundesgewerkschaftstags meine Grüße ausrichten zu dürfen. Zugleich möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit Ihres Verbandes mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu bedanken. Den konstruktiven Dialog mit Ihrem Verband schätzen wir sehr. Gemeinsam verfolgen wir stets das Ziel, die Arbeitsbedingungen in der und für die Justiz als Trägerin der Dritten Gewalt und Garantin des Rechtsstaats bestmöglich zu gestalten. Dass wir insoweit – neben der demografischen Entwicklung – durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die noch immer hohen Inflationsraten bei zugleich sehr angespannter Haushaltslage vor besonderen Herausforderungen stehen, ist uns allen bewusst. Umso bedeutender ist es, dass wir uns gemeinsam diesen Herausforderungen stellen und sie mit Zuversicht und Tatkraft angehen.

Mit Blick auf die Personalsituation gehört die Nachwuchsgewinnung in allen Dienstzweigen zu den zentralen Zukunftsthemen der Justiz. Wir haben längst erkannt, wie wichtig es ist, dass auch wir uns als attraktive Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt präsentieren und aktiv um die jungen Menschen werben. Zusätzlich zu einer breit angelegten Marketingkampagne haben wir mit Blick auf den hohen Einstellungsbedarf die Ausbildungskapazitäten für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger an unserer Fachhochschule und auch die Ausbildungsplätze für die Laufbahngruppe 1.2 am Ausbildungszentrum der Justiz NRW bereits deutlich erhöht. Die demografische Entwicklung und die veränderte Haltung der nachwachsenden Generationen, die sich bei ihrer Berufs- und Karriereplanung vielfach flexibler zeigen, erfordern es darüber hinaus, in allen Laufbahnen Durchlässigkeit, Aufstieg und Quereinstieg zu fördern. Dies wird ein wesentliches Ziel der Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst sein, die die nordrhein-westfälische Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und Gewerkschaften derzeit erarbeitet. Bei alledem müssen wir in der Justiz als Spiegelbild unserer vielfältigen und weltoffenen Einwanderungsgesellschaft die Diversität als selbstverständlichen Baustein einer modernen, zukunftsorientierten Personalpolitik etablieren.

Die Arbeit für den Rechtsstaat, die die Mitarbeitenden in der Justiz tagtäglich leisten und für die wir den Nachwuchs ebenso wie Quereinsteigende begeistern wollen, ist eine enorm sinnstiftende Aufgabe. Jeder einzelne Handgriff trägt dazu bei, dass unser Rechtsstaat funktionstüchtig und zukunftsfähig ist und bleibt. Außer Frage steht, dass den Mitarbeitenden hierfür eine angemessene Vergütung und Besoldung zusteht.

Um flexible und familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist der Ausbau von Angeboten des mobilen Arbeitens für alle Justizangehörigen ein weiterer wichtiger Schritt, der mit der Einführung der elektronischen Akte – einem Meilenstein zur Digitalisierung der Justiz – möglich geworden ist. Auch in den Zeiten angespannter Landes-

haushalte, die eine Priorisierung bei der Finanzierung von Vorhaben notwendig machen, steht daher – jedenfalls in NRW – die Ausstattung der Mitarbeitenden mit den IT-Mitteln, die für das mobile Arbeiten erforderlich sind, ganz oben auf der Prioritätenliste. Mit den Rahmendienstvereinbarungen über die Ausgestaltung der alternierenden Telearbeit in der Justiz und in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen haben wir die entscheidenden Weichen gestellt, um in allen Dienststellen eine räumlich und zeitlich flexibilisierte Ergänzung zur bestehenden Form der Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsorganisation zu ermöglichen.

Schließlich ist die Gewährleistung der Sicherheit der Beschäftigten vor Übergriffen mehr denn je zu einem zentralen Anliegen geworden. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen – dies sei an jeder Stelle und auch hier in aller Deutlichkeit gesagt – verurteilt jegliche Form von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und setzt sich für ihren Schutz und ihre Sicherheit ein. Niemand muss Übergriffe und gewalttätiges Verhalten im Dienst für das Gemeinwohl hinnehmen. Es ist die solidarische Aufgabe aller, dem vorzubeugen. Um dies zu unterstützen, hat die nordrhein-westfälische Landesregierung das Präventionsnetzwerk „Sicher im Dienst“ ins Leben gerufen. Es freut mich sehr, dass erst jüngst im September auch die Arbeitsgemeinschaft Justiz Nordrhein-Westfalen, an der auch die DJG beteiligt ist, diesem Netzwerk beigetreten ist.

Für den diesjährigen Bundesgewerkschaftstag wünsche ich Ihnen viel Erfolg und einen gewinnbringenden Austausch.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

Grußwort

... von

Petra Berg, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in der Justiz,

die Justiz hat sich aktuell gewichtigen Aufgaben zu stellen und sie wird auch in Zukunft vor erheblichen Veränderungen stehen. Damit meine ich schwerpunktmäßig neben Fragen der Personalisierung bzw. Nachwuchsgewinnung vor allem Fragen rund um die Digitalisierung**.** Gerade die Digitalisierung wird sich auf die Arbeitsabläufe und damit auch auf die Arbeitsplätze in der Justiz auswirken, was Sie durch die Einführung der e-Akte bereits erfahren haben oder in Kürze erfahren werden.

Im Moment liegt die größte Herausforderung in der Digitalisierung noch darin, mit den vorhandenen personellen Ressourcen die Phase des Medienbruchs zu meistern, die naturgemäß mit gewissen Reibungsverlusten infolge von Druck- und Scanaufwänden, übergangsweise doppelter Aktenführung und der Eingewöhnung an neue, noch in Reifung befindliche Produkte verbunden ist. Doch die IT steht nicht still. Die Entwicklungsverbünde arbeiten daran, weitere neue IT-Produkte – etwa die neuen Fachverfahren – einsatzreif zu machen, die Funktionalitäten der e-Akte komfortabler auszugestalten und auch den Einsatz künstlicher Intelligenz in der Justiz vorzubereiten, wo dies sinnvoll und verantwortbar ist – etwa bei der Metadatenzuordnung neuer Posteingänge. In einem sich wandelnden Arbeitsumfeld werden wir uns auch damit beschäftigen müssen, wie sich die Berufsbilder unserer Justiz-Mitarbeitenden verändern sollen, damit wir ihnen auf Dauer interessante und erfüllende Perspektiven geben können.

Was uns nicht minder beschäftigt und was in Zukunft einen immer größeren Stellenwert erlangen wird, betrifft die Personalisierung unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften, d. h. zuvörderst die Nachwuchsgewinnung. Dieses Thema liegt uns in der Justiz sehr am Herzen, eben weil wir um seine Bedeutung wissen. Die Themen „Fachkräftemangel“ und „demographischer Wandel“ sind in aller Munde. Immer mehr in den Fokus rückt in diesem Kontext auch die Erwartungshaltung von Bewerberinnen und Bewerbern sowie die damit einhergehende Attraktivität von Arbeitgebern. Dieser Erwartungshaltung bzw. diesem Anforderungsprofil der potenziellen Bewerberinnen und Bewerber müssen wir als Arbeitgeber Rechnung tragen, was keine einfache Aufgabe darstellt.

Im mittleren und im gehobenen Justizdienst betreiben wir seit einigen Jahren eine Ausbildungsoffensive dergestalt, dass wir unsere Ausbildungskapazitäten möglichst ausreizen. Um sinkenden Bewerberzahlen entgegenzuwirken, haben wir bereits einiges in die Wege geleitet, um die „Justizberufe“ in der Öffentlichkeit stärker bekanntzumachen und für den Arbeitgeber Saarland zu werben. Und natürlich müssen wir die Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, möglichst attraktiv gestalten, ohne dabei das Funktionieren des Dienstbetriebes aus den

Augen zu verlieren. Was das berufliche Fortkommen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht, haben wir in der Vergangenheit bereits einiges auf den Weg bringen können, was sich in einer Vielzahl an Beförderungen auch in
diesem Jahr wieder und vor allem an – gegenüber der Vergangenheit – relativ kurzen Wartezeiten bei Beförderungen wiederspiegelt.

Nicht nur bei diesem Thema, sondern bei allen Fragen, die die Justiz betreffen, wird zwischen meinem Haus und der DJG stets ein vertrauensvoller und konstruktiver Umgang gepflegt. Mir als Justizministerin ist es wichtig, gemeinsam mit Ihnen am gleichen Strang und zwar in die gleiche Richtung zu ziehen. Ich wünsche mir, dass das auch künftig so bleibt, um auch weiterhin eine gut funktionierende Justiz gewährleisten zu können.

Petra Berg
Ministerin der Justiz., Saarland

Grußwort
... von
Franziska Weidinger, MdL

Sehr geehrte Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft,

das Rückgrat einer leistungsfähigen Justiz sind unsere gut ausgebildeten und engagierten Bediensteten, die hinter jedem einzelnen Vorgang der Justiz stehen. Sicherzustellen, dass dies künftig so bleibt, sehe ich als meine oberste Aufgabe als Justizministerin gerade vor dem Hintergrund der auf uns zukommenden Aufgaben.

Die Justiz steht in den kommenden Jahren vor zwei gewaltigen Umbrüchen. Das ist zum einen der Generationswechsel, zum anderen die Digitalisierung nahezu sämtlicher und damit auch Ihrer Arbeitsplätze.

Von den ca. 2000 Bediensteten im nichtrichterlichen Dienst der Justiz in Sachsen-Anhalt werden hunderte Bedienstete in den nächsten zehn Jahren aus dem Dienst scheiden. In den Jahren danach wird sich dies nicht wesentlich ändern. Um sicherzustellen, dass die Justiz nicht nur in zehn Jahren, sondern auch darüber hinaus personell noch arbeitsfähig ist, stellen wir schon heute das Personal von morgen ein. So werden nicht nur die zukünftigen Personalabgänge ausgeglichen, sondern zugleich auch der Aufbau einer ausgeglichenen Altersstruktur angestrebt und ein generationsübergreifender Wissenstransfer gesichert. In Umsetzung des Feinkonzepts zur Personalstrategie in der Justiz ist es uns bereits gelungen, die bedarfsgerechte Personalausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften voranzutreiben. Als positiver Nebeneffekt ist dadurch bereits jetzt der Altersdurchschnitt der Bediensteten im nichtrichterlichen Bereich gesunken.

Um auf mögliche Veränderungen der Personalsituation flexibel reagieren zu können, halten wir an einer kontinuierlichen Ausbildung auf dem bisher hohen Niveau fest. Anwärterinnen und Anwärter, die ihre Ausbildung erfolgreich abschließen konnten, werden auch weiterhin bei Vorliegen ihrer Eignung in den Justizdienst übernommen. Zudem halten wir an den bestehenden Entwicklungsmöglichkeiten für Bestandspersonal (bspw. Aufstieg in den Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst) fest.

Die Digitalisierung der Justiz stellt eine weitere Herausforderung dar. Durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der eAkte werden sich die meisten Arbeitsprozesse deutlich verändern: einige Aufgaben fallen weg oder gelingen künftig schneller, andere – etwa im Bereich der Datenpflege – kommen hinzu. Eine solch große Veränderung schaffen wir alle nur gemeinsam, insbesondere der nichtrichterliche Dienst wird ein wichtiger Partner dieses Veränderungsprozesses sein. Insoweit danke ich Ihnen für die bisher gezeigte Unterstützung und vertraue fest darauf, dass uns auch diese Mammutaufgabe gemeinsam gelingen wird.

Insbesondere möchte ich Ihnen aber für Ihr engagiertes Wirken in der Justiz danken. Ihre Arbeit und Ihre fachkundi-

gen Hinweise sind von entscheidender Bedeutung für die Stabilität und Integrität unseres Rechtssystems. Durch Ihre Expertise und Ihr Engagement tragen Sie maßgeblich dazu bei, dass unsere Gesellschaft auf einem Fundament von Fairness und Rechtsstaatlichkeit ruht. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass das Rechtssystem für alle Bürgerinnen und Bürger gerecht, transparent und menschlich zugänglich bleibt.

Für Ihren engagierten Arbeitseinsatz möchte ich Ihnen daher meinen Dank aussprechen.

Franziska Weidinger
Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Grußwort

... von

Dr. Felor Badenberg, Senatorin

Quelle: Hans-Christian Plambeck

Ihr Motto „Zukunft formen - Chancen nutzen – Gemeinsam erfolgreich!“ ist Aufforderung und zugleich Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung, die Justiz aktiv und zukunftsorientiert zu gestalten. Hierfür muss sie technisch, räumlich und personell gut ausgestattet sein. In den Haushaltsberatungen habe ich den Senat von Berlin davon überzeugen können, deutlich mehr Stellen vor allem für Strafverfolgung, Ausbildung und IT überzeugen können. Dies betrifft vor allem die Servicekräfte, die Rechtspflegerschaft, den Wachtmeisterdienst und technisches IT-Personal. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Stärkung der Staats- und Amtsanwaltschaft, um der Organisierten Kriminalität entgegenzuwirken.

Zugleich ist die Nachwuchsgewinnung eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir müssen unsere vielseitigen Justizberufe bekannt und erlebbar machen und Nachwuchs möglichst bereits in der Schule gezielt ansprechen. Mit der Eröffnung der Justizakademie in 2024 werden wir unsere Anwärter*innen außerdem unter hochmodernen räumlichen, technischen und didaktischen Bedingungen unterrichten. Dies wird die Attraktivität der Ausbildung in Berlin steigern und unsere Anwärter*innen für eine Zukunft in einer zunehmend digitalisierten Justiz vorbereiten.

Die Digitalisierung ist zweifellos einer der entscheidendsten Wege, die Zukunft zu gestalten. Nur eine digitale Justiz ist leistungsfähig und wird einen wichtigen Platz in der modernen Lebenswirklichkeit vieler Bürger*innen einnehmen. Natürlich geht dies mit erheblichen finanziellen Herausforderungen einher. Auf dem Digitalgipfel ist es uns Ländern gelungen, Bundesmittel für zentrale Digitalisierungsthemen von der Förderung digitaler Zugänge zum Recht, Ertüchtigung von IT-Infrastrukturen und IT-Fachverfahren bis hin zu technischer Assistenz durch Legal-Tech-Systeme zu gewinnen. Der größte Finanzbedarf wird jedoch von den Ländern zu decken sein. Diese Aufgabe zu stemmen, verlangt nicht nur eine Effizienzsteigerung, sondern auch die angesichts des Fachkräftemangels unumgängliche Positionierung der Justiz als attraktive Arbeitgeberin.

Dr. Felor Badenberg

Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Berlin

Grußwort

... von

Herbert Mertin, MdL

Liebe Mitglieder der DJG,

die letzten Jahre waren für uns alle eine Herausforderung: Nicht nur die Einführung der elektronischen Akte bedeutete eine große Umstellung und zusätzliche Arbeitsbelastung. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben uns vor nicht gekannte Aufgaben gestellt. Sie alle haben dazu beigetragen, dass die Justiz auch in Krisenzeiten funktioniert hat. Hierfür danke ich Ihnen ganz herzlich.

Die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten, sowie die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst sind essentiell für die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaats. Mir ist wichtig, dass die Justiz im Land ein guter, attraktiver und moderner Arbeitgeber bleibt. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit liegt deshalb auf der Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte. Zusätzliche Stellen sollen dazu beitragen, die Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes Rheinland-Pfalz auch künftig so auszustatten, dass sie ihre wichtigen Aufgaben weiterhin sehr gut erfüllen können. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir im zweiten und dritten Einstiegsamt über 230 neue Planstellen geschaffen und die Ausbildungskapazitäten in der Justizfachwirtausbildung erhöht. Seit dem Jahr 2017 ist uns mit 43 neuen Stellen auch im Justizwachtmeisterdienst ein größerer Stellungzuwachs gelungen.

Auch die Digitalisierung schreitet mit großen Schritten voran. Bereits mehr als die Hälfte der Gerichte arbeitet in der ordentlichen Gerichtsbarkeit erfolgreich mit der eAkte. Die eAkte erleichtert das Arbeiten im Homeoffice und fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch die Pilotierung von KI-basierten Softwarelösungen erproben wir modernste Technik, um bestehende Arbeitsabläufe zu verbessern und die Justiz fit für die weiteren Herausforderungen zu halten. Dies kann uns aber nur dann gelingen, wenn motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Sie uns hierbei unterstützen. Hierfür danke ich Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr

Herbert Mertin

Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz

Grußwort
... von
Marion Gentges, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

zum diesjährigen Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft in Königslutter am Elm darf ich Ihnen als Ministerin der Justiz und für Migration Baden-Württemberg meine herzlichen Grüße übermitteln.

Die Justiz Baden-Württemberg leistet seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit. Dieser Erfolg ist auf das Engagement und das fachliche Können aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Gleichwohl steht die Justiz vor mannigfaltigen Herausforderungen, welche es durch strategisches und zukunftsgewandtes Denken zu bewältigen gilt.

Ein besonderes Anliegen ist mir hierbei eine adäquate personelle Ausstattung der Landesjustiz. Daneben gilt es im Wettbewerb um die Fachkräfte, die Attraktivität der Justiz als Arbeitgeberin zu erhalten und zu steigern. Ich habe deshalb ein Zukunftsprojekt ins Leben gerufen, mit welchem die Weichen für eine nachhaltige Modernisierung der Justiz gestellt werden sollen. Im Bereich der Digitalisierung widmen wir uns nach Einführung der eAkte zur Verbesserung der täglichen Arbeit der Nutzbarmachung der Künstlichen Intelligenz.

Eine zukunftssichere Aufstellung der Justiz kann uns nur gemeinsam gelingen. Ich möchte den Mitgliedern der Deutschen Justiz-Gewerkschaft deshalb ganz herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken! Sie übernehmen Verantwortung und gestalten die Justiz aktiv mit. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diese Weise auch künftig den Herausforderungen von morgen gemeinsam gerecht werden.

Beste Grüße

Ihre

Marion Gentges, MdL, Baden-Württemberg

Grußwort

... von

Kerstin von der Decken, MdL

Verehrte Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft,

die Justiz zukunftsfähig zu gestalten, ist Anspruch und Daueraufgabe zugleich und besonders in diesen Zeiten eine große Herausforderung, die wir als Ministerium gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren in der Justiz angehen.

Hierzu gehört eine gute personelle Ausstattung der Justiz, die eine wesentliche Grundlage für eine effektive Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist. Diese umfasst selbstverständlich den richterlichen und staatsanwaltlichen Bereich. Aber zu dieser gehört auch der nichtrichterliche Personalbereich: der Justizwachtmeisterbereich ebenso wie der Rechtspflege- und Amtsanwaltsbereich, die Bewährungs- und Gerichtshilfe, die Serviceeinheiten, der Gerichtsvollzieher- und Amtsanwaltsdienst sowie der große Bereich der Tarifbeschäftigten und die Verwaltungs- einschließlich IT-Mitarbeiterschaft. Alle Berufsgruppen haben sehr wichtige Aufgaben und sind unersetzlich für eine funktionierende Justiz.

Ein immer wichtiger werdendes Thema ist dabei die Gewinnung von Fachkräften. Aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels und des Bedarfs an Nachwuchskräften konkurriert auch die Justiz als Arbeitgeberin in Schleswig-Holstein mit den übrigen Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen um neues Personal. So hat das allgemeine Nachwuchskräfteproblem inzwischen auch sämtliche Personalbereiche der Justiz erreicht.

Ein weiteres großes Thema ist die Digitalisierung, durch die alle Arbeitsplätze in der Justiz großen Veränderungen unterworfen sind. Auch in Schleswig-Holstein werden die justiziellen Abläufe mit hohem Engagement digitalisiert. Der elektronische Rechtsverkehr wird immer mehr zur Gewohnheit, und auch der Rollout der elektronischen Akte ist weit vorangeschritten. Die Umstellung der Aktenführung ist herausfordernd, bietet aber erhebliche Vorteile. Dennoch muss weiterhin in der täglichen Arbeit die Technik optimiert und auch immer wieder hinterfragt werden, wie sich Abläufe verbessern lassen. Jedenfalls werden wir in den kommenden Jahren weitere Anstrengungen unternehmen, um die technischen Möglichkeiten so stabil und anwenderfreundlich wie möglich zu gestalten, damit die Beschäftigten beste Bedingungen vorfinden und die Justiz bestmöglich aufgestellt ist.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Bundesgewerkschaftstag.

Kerstin von der Decken

Justiz- und Gesundheitsministerin des Landes Schleswig-Holstein

Grußwort

... von
Anna Gallina, Senatorin

Sehr geehrter Herr Schmidt,
verehrte Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft,

Sie als Mitglieder einer bundesweiten Justizfamilie stehen tagtäglich in Ihren jeweiligen Berufen für die freiheitliche demokratische Grundordnung, für unseren Rechtsstaat ein. Ein starker Rechtsstaat, eine offene Gesellschaft, ein modernes Recht und ein effektiver Verbraucher:innenschutz – das sind Ziele, für die im gesamten Geschäftsbereich der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg mit großem Engagement gearbeitet wird.

Mein Kernanliegen ist und bleibt, dass alle Menschen zu ihrem Recht kommen. Hierfür investieren wir stetig in unsere rechtsstaatlichen Institutionen, damit eine effektive Durchsetzung des geltenden Rechts gewährleistet ist. Essentiell für das Gelingen sind dabei unsere vielen Beschäftigten innerhalb der Institutionen, welche mit ihrem Einsatz den Rechtsstaat tagtäglich spürbar machen. Deshalb ist eine gute personelle Ausstattung aller Tätigkeitsbereiche unabdingbar. Der Umsetzung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts vom 9. September 2020 zur Eingruppierung von Beschäftigten in Serviceeinheiten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften wird dabei höchste Priorität zugemessen. Bereits mit der August-Abrechnung konnte ein Großteil der berechtigten Personen höhergruppiert werden. Wir sind guter Dinge, dass die verbleibenden Fälle zeitnah nachgezogen werden können.

Der Fachkräftemangel und Rückgang von Bewerber:innen für Ausbildungsstellen macht auch vor der Hamburger Justiz keinen Halt. Dem stemmen wir uns jedoch auf verschiedenen Ebenen entgegen. Mit einer seit Mai laufenden Recruiting-Kampagne machen wir online über die einschlägigen Suchmaschinen und sozialen Netzwerken sowie mit Werbung im ÖPNV und im Radio auf unsere Ausbildungen und die Möglichkeit zum Quereinstieg aufmerksam. Zudem tourt seit dem Herbst unsere „Roadshow der Justiz“, bei der sich einige von Ihnen auch persönlich engagieren, wieder durch die Klassenzimmer und stellt Ihre Berufe im direkten Gespräch mit den Schüler:innen vor. Um insbesondere Nachwuchskräfte langfristig für die Justiz zu gewinnen, setzen wir in Hamburg einen neuen Fokus auf das Thema Bindungsmanagement. Dazu verstärken wir unsere Anstrengungen auf verschiedenen Personalentwicklungsfeldern wie moderne Führung, Feedback & Wertschätzung und Teamentwicklung und erweitern unser Qualifizierungsangebot. Neben einem sehr konstruktiven und strukturierten Austausch mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften weiten wir die Werbemaßnahmen zur Gewinnung neuer Nachwuchskräfte massiv aus, entwickeln diese weiter und verstärken unsere Onlinepräsenz.

Auch die Digitalisierung des Rechts ist eine Schlüsselaufgabe, um unsere Justiz zukunftsfest aufzustellen. Die Ein-

führung der E-Akte schreitet weiter gut voran und ist in der Fläche angekommen. Über 40 % der Beschäftigten in den hamburgischen Gerichten sowie der Staatsanwaltschaft arbeiten bereits mit der E-Akte. Besonders geschätzt wird die Möglichkeit, unabhängig von Ort und Zeit auf die Verfahrensinhalte zugreifen und damit arbeiten zu können. Somit ermöglicht die E-Akte insbesondere für den Bereich der Servicekräfte neue Möglichkeiten im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Hamburger Justiz ist in Bewegung!

In Ihrer täglichen Arbeit setzen Sie sich für die Einhaltung der Rechtsordnung und damit für den Rechtsstaat ein und dafür möchte ich Ihnen meinen persönlichen Dank und meine Wertschätzung aussprechen.

Ihnen allen wünsche ich einen erfolgreichen und konstruktiven Bundesgewerkschaftstag 2023, viel Erfolg für Ihre berufliche Zukunft sowie Gesundheit und Wohlergehen für Ihren weiteren Lebensweg.

Ihre Anna Gallina

Senatorin und Präses der Behörde für
Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg

Grußwort

... von

Prof. Dr. Roman Poseck, MdL

Liebe Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft,

als Justizbedienstete bilden Sie das Fundament unseres Rechtsstaates. Gerade in Zeiten, in denen die Demokratie und der Rechtsstaat vor vielen Herausforderungen stehen, schützen Sie mit großem Engagement und hoher fachlicher Kompetenz die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Für Ihren herausragenden Einsatz brauchen Sie die bestmöglichen Arbeitsbedingungen. Dafür ist eine gute Personalausstattung aus meiner Sicht zentral, denn Justiz ist und bleibt in erster Linie Menschenwerk. In Hessen legen wir genau hier den Schwerpunkt unserer Arbeit. Mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 wurden Anfang dieses Jahres 477 zusätzliche Stellen in der hessischen Justiz geschaffen – die größte personelle Stärkung, die es je gegeben hat. Davon profitieren alle Berufsgruppen.

Jetzt arbeiten wir mit Hochdruck daran, die neuen Stellen zu besetzen. Dafür haben wir die Attraktivität der Justiz für alle Berufsgruppen gesteigert. Beispielsweise haben wir im nicht-richterlichen Bereich durch die Gewährung voraussetzungsloser Teilzeit mehr Flexibilität eröffnet. Wir haben außerdem die befristeten Verträge auf ein Mindestmaß zurückgeführt. Darüber hinaus befindet sich die Eingruppierung von vielen Angestellten in eine höhere Entgeltgruppe auf der Zielgeraden.

Eine gute personelle Ausstattung der Justiz ist aber eine Daueraufgabe. Ich bin sehr froh, die Deutsche Justiz-Gewerkschaft dabei an meiner Seite zu wissen. Sie vertreten nicht nur die Interessen der Justizbediensteten mit einem beeindruckenden Engagement und großem Erfolg, sondern haben auch die Justiz insgesamt maßgeblich vorangebracht. Dafür und für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanke ich mich bei Ihnen allen sehr herzlich!

Ihr

Prof. Dr. Roman Poseck
Staatsminister des Landes Hessen

Grußwort

... von
Dr. Claudia Schilling, Senatorin

Quelle: SAS JI/Hornung

Liebe Mitglieder und Delegierte der Deutschen Justiz-Gewerkschaft,

im politischen Raum ist die Justiz häufig kein Gesprächsthema – denn in der Regel funktioniert sie „geräuschlos“. Sie wird kaum wahrgenommen, weil in den Justizvollzugsanstalten, in den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften trotz angespannter Personalsituation und oftmals antiquierter Ausstattung alles läuft. Das tut es, weil Sie und Ihre Kolleg:innen oft über Ihre Belastungsgrenzen gehen, Ausfälle auffangen und nicht nur Dienst nach Vorschrift machen. Daher ist es wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger:innen sich – ebenso wie Sie als Gewerkschaft – für die Justiz stark machen.

Klar ist: Die Justiz können wir uns nicht sparen. Die Justiz ist nicht umsonst die dritte Gewalt – und Rechtsstaatlichkeit ist nicht umsonst zu haben. Dass Rechtsstaatlichkeit nicht selbstverständlich ist, sondern gegen viele Widerstände durchgesetzt werden musste, wissen gerade wir Deutsche aus unserer Geschichte. Dass Rechtsstaatlichkeit neuerdings sogar in Mitgliedsländern der Europäischen Union, etwa in Polen und Ungarn, wieder verteidigt werden muss, schmerzt mich als gelernte Richterin ganz besonders.

Ich freue mich sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie sich für einen Beruf in der Justiz entschieden haben – und damit auch dafür, aktiv zu unserem rechtsstaatlichen Gemeinwesen beizutragen. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich danken. Egal an welcher Stelle Sie in der Justiz arbeiten, Ihr Beitrag ist wichtig! Wichtig für unser Gemeinwesen, aber auch wichtig für diejenigen, mit denen Sie individuell zu tun haben werden. Denn jedes Gericht, jede Justizvollzugsanstalt und jede Staatsanwaltschaft ist nur so gut, wie die Menschen, die dort tagein, tagaus arbeiten.

Ob oder auch wie gut ein Rechtsstaat funktioniert, dafür ist die Unabhängigkeit der Justiz ein wichtiger Gradmesser. In den Demokratien westlicher Prägung, die durch die Teilung der Staatsgewalt und eine wechselseitige Kontrolle gekennzeichnet sind, kommt der Justiz ein wichtiges Wächteramt zu. Um dieses Amt ausfüllen zu können, muss die Justiz von politischen und wirtschaftlichen Interessen unabhängig agieren können.

Das ist allerdings keine Einbahnstraße. Vielmehr geht es um äußere und innere Unabhängigkeit. Das heißt: keine politische oder wirtschaftliche Einflussnahme auf die Justiz – aber auch keine Einmischung der Justiz in politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Verpflichtet ist die Justiz dem Gesetz; Richtschnur unserer Arbeit ist die Verfassung. Das zeichnet jede Tätigkeit in der Justiz aus. Ich habe das immer als Privileg und Verantwortung gleichermaßen empfunden.

Lassen Sie uns also gemeinsam weiter die Ärmel hochkrempeln und für die Justiz wirken, streiten und mitunter auch kämpfen. Es lohnt sich.

Einen produktiven Bundesgewerkschaftstag wünscht Ihnen

Ihre Claudia Schilling

Senatorin für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bundesleitung:

Tarifrunde TdL 2023 - Update: Regionalkonferenzen

Im Oktober beginnt die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Dabei ist jetzt schon abzusehen, dass es zu zähen Verhandlungen kommen wird. Die Forderungen werden wir gegebenenfalls auch mit Streiks untermauern müssen, sollten die Verhandlungspartner nicht früh genug einlenken.

Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober in Berlin beschlossen, um diese dann gemeinsam mit den Fachgewerkschaften – gegebenenfalls auch mit Demos und Streiks – durchsetzen.

Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die dbb Mitglieder waren während des Spätsommers zu Regionalkonferenzen aufgerufen, um zu diskutieren, welche Themen ihnen dabei am wichtigsten sind. Bundesweit sechs Regionalkonferenzen hatte der dbb organisiert, um das „**Wir**“ zu beleben und mit möglichst vielen Mandatsträgerinnen und -trägern aus den Fachgewerkschaften und Landesbünden ins Gespräch zu kommen und verbindliche Absprachen zu treffen.

Am 6. September appellierte Volker Geyer auf der Regionalkonferenz in Leipzig direkt an die Arbeitgeber: „Wenn wir in gut einem Monat in Berlin unsere Forderung zur Einkommensrunde mit den Ländern beschließen, wird das kein unrealistischer Wunschzettel, aber auch kein bescheidener Bittbrief sein. Der öffentliche Dienst ist der Stabilitätsanker des Landes. Aber die Sparpolitik der letzten Jahre stellt die Leistungsfähigkeit auch des Landesdienstes mittlerweile ernsthaft in Frage. Die Länder stehen also in der Pflicht!“

Ulrich Silberbach hob einmal mehr die demografischen Herausforderungen für den öffentlichen Dienst hervor: „Unsere Beschäftigten leiden unter den Auswirkungen von Personalabbau und Überalterung: Immer mehr Fachkräfte gehen in den Ruhestand oder fallen aufgrund von Burnout langfristig aus. Es gibt kaum ausgebildete Fachkräfte oder Auszubildende, um diese Lücken zu füllen.“

„Die Erwartungshaltung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen an die Verhandlungen wird zu Recht kaum geringer sein, als sie es bei denen von Bund und Kommunen war“, stellt dbb Tarifchef Volker Geyer fest. „Der dbb sieht es als seine Aufgabe, die Forderungen und ihre argumentative Unterlegung mit der Erwartungshaltung und Durchsetzungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Diese Aspekte einer Einkommensrunde müssen – mehr denn je – zueinander passen. Es gibt einen großen Nachholbedarf im Länderbereich. Und er wird immer weiter ansteigen, wenn jetzt nichts passiert.“

DJG-Frauen:

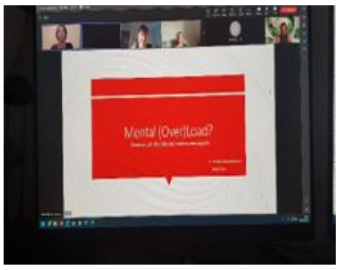
Aus der Arbeit der DJG-Frauen

Ich hatte mit einigen anderen Teilnehmerinnen aus den Reihen der dbb frauen die Chance, ein Jahr lang im Rahmen eines Mentorenprogramms begleitet vom Vorstand der dbb bundesfrauenvertretung tiefere Einblicke in die Frauenarbeit zu erhalten, Netzwerken zu lernen und mit Tipps und Tricks hinaus in die Welt geschickt zu werden.

Den Abschluss des einjährigen Programmes bildete im April dieses Jahres ein dreitägiges Rhetorikseminar in Berlin. Und um gleich mal Netzwerkarbeit live zu erleben, standen 2 Termine in der Politik auf der Tagesordnung. Im Bundestag trafen wir Ulrike Bahr, Vorsitzende des Familienausschusses, und Dr. Friederike Storch. In einem interessanten Gespräch unterhielten wir uns über Themen wie Frauen in Führungspositionen, Pflegende Angehörige sowie Frauen- und Nachwuchsförderung im öffentlichen Dienst.

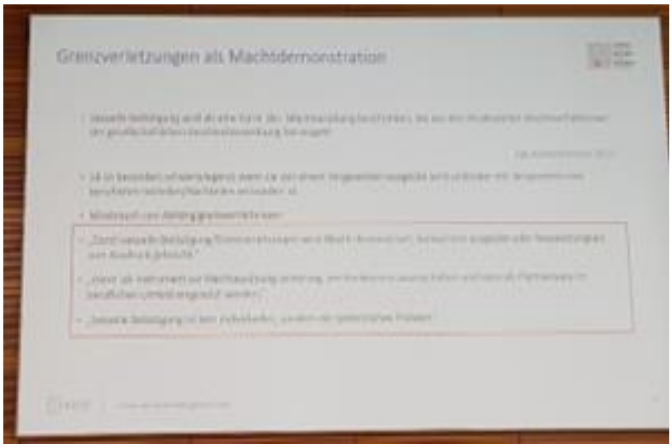
Nach diesem zwar kurzen aber knackigen Gespräch ging es weiter zum BMFSFJ um dort Anna Riecken, Leiterin des Referats für Frauen in Führungspositionen und Gleichstellungsgesetzes im öffentlichen Dienst und Ricarda Bauch zu treffen. Hier waren die Themen des Zweite Führungspositionengesetz (FüPoG II) und dass Führen in Teilzeit. Bei so vielen engagierten Frauen war ein Austausch von persönlichen Daten zur Kontakthaltung einfach notwendig.

Als Ergebnis des Mentoringprogramms zeigte sich auch eine Vernetzung der Teilnehmerinnen untereinander. So konnte ich für die ViKo der DJG Frauen am 08.06. Janine Dietz von der GdS und dbb Sachsen-Anhalt gewinnen. Zum Thema „Mental (Over)Load – Ansätze, um den Mental Load zu verringern“ zeigte sie uns interessante Lösungsansätze auf. Für alle diejenigen, die mit dem Thema nichts anfangen können, hier die Definition: Mental Load bezeichnet die Last der alltäglichen, unsichtbaren Verantwortung für das Organisieren von Haushalt und Familie im Privaten, das Koordinieren und Vermitteln in Teams im beruflichen Kontext sowie die Beziehungspflege und das Auffangen der Bedürfnisse und Befindlichkeiten aller Beteiligten in beiden Bereichen.



Weiter ging es Schlag auf Schlag mit den Terminen.

Am 14.06. fand die 17. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung unter dem Motto „Hinsehen, Einschreiten, Vorbeugen – Null Toleranz bei sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing“ in Berlin statt. Gastgeberin Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, empfing zahlreiche Gäste, die in langen Reden, Vorträgen und bei einer Podiumsdiskussion ihre Ansichten und Meinungen zu diesem Thema kundtaten. Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender; Karin Walter, Abteilungsleiterin öffentlicher Dienst im BMI; Dr. Sabine Jenner, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Charité Berlin; Sandra Maurer, Rechtsanwältin; Ferda Ataman, Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung und Leiterin der Stelle des Bundes; Kathrin Böhler, stellv. Referatsleitung im BMFSFJ; Dr. Nina Guerin, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Landes Ba-Wü; Lisa Paus, Bundesministerin des BMFSFJ und Moderatorin Boussa Thiam



Am wichtigsten sei dabei folgende Aussage von Frau Dr. Sabine Jenner, dezentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an der Charité Berlin und Co-Autorin der Studie „Prävention sexueller Belästigung“ erwähnt. Sie „hob hervor, dass für Grenzverletzungen die Perspektive der Betroffenen der entscheidende Maßstab ist: „Die Verletzung der Würde wird durch die Betroffenen definiert, nicht durch die Verursachenden.“ Grenzverletzungen seien zudem auch immer Machtdemonstrationen zwischen zwei Personen – ein Grund, warum unter anderem etwa junge Menschen besonders gefährdet seien.“ https://www.dbb-frauen.de/termine-veranstaltungen/frauenpolitische-fachtagung/frauenpolitische-fachtagung

-2023/programm.html

Die DJG Frauen waren mit Christiane Knittel (Berlin), Ellen Schmiedgen (Sachsen-Anhalt), Pia Thöne (Niedersachsen), Friederike Kammermeier-Krakow (Mecklenburg-Vorpommern) und mir stark vertreten. Darüber hinaus war Niedersachsen mit dem nbb und den unterschiedlichsten Fachgewerkschaften am Zug.

Fachtagung der DJG-Frauen 2023

Und schließlich stand vom 29.06. bis 01.07.2023 die jährliche Präsenzsitzung der DJG Frauen in Königslutter an. Neben den weiterzugebenden Informationen aus den anderen Fachbereichen, den Bundesvorstandssitzungen, den Hauptversammlungen der dbb bundesfrauenvertretung und dem dbb stand auch der Bundesgewerk-schaftstag 2023 auf der Tagesordnung. Die DJG Frauen haben sich intensiv mit den verschiedensten Themen beschäftigt und Forderungen formuliert unter den Überschriften Anerkennung von Pflegezeiten, Arbeitsplatz-Sharing, AZV-Tage, Digitalisierung, Führen in Teilzeit, Gewalt gegen beschäftigte, Internationaler Frauentag, mehr Urlaubstage, Nachwuchsförderung, paritätische Gremien, Pflege von Angehörigen, Reduzierung Wochenarbeitszeit, sexuelle Gewalt, Solidarität mit Frauen, Vaterschaftsurlaub, Wegstreckenentschädigung und zusätzlicher

Urlaub. Darüber hinaus hat sich das Gremien in Anlehnung an den Entwurf der neuen Fachbereichsordnung die DJG Frauenrichtlinien überarbeitet. Highlight der Tagung war der Besuch von Frau Marion Lenz. Sie ist die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunschweig. Sie ist jedoch keine typische Gleichstellungbeauftragte einer Behörde. Das besondere an ihrer Stellung ist ihre Unabhängigkeit. Zum Thema Gleichstellung kann sie sich frei und unabhängig in aller Öffentlichkeit auch in den Medien wie Fernsehen und Zeitung äußern, wovon sie in der Vergangenheit immer wieder Gebrauch gemacht hat. Sie erzählte uns ihren Ansatz des Netzwerkens und wie sie immer wieder neue Kontakte knüpfen konnte und immer noch knüpft. Darüber hinaus stellte sie uns die verschiedensten Projekte aus ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftrag-

te vor. Zum aktuellen Thema „sexuelle Gewalt“ konnten wir mit ihr ebenfalls in den Austausch gehen.

Bei einem Spaziergang und einem leckeren Kaltgetränk ließ sich auch der Feierabend in vollen Zügen genießen.

Bianca Korbanek
Bundesfrauenvertreterin

Fachbereich Menschen mit Behinderung:

Inklusion braucht Mitwirkung

Vom 4. bis 7. Sept. 2023 fand die diesjährige Tagung des Fachbereichs „Menschen mit Behinderungen“ in Königslutter statt. Wichtige Themen waren u.a. die Zuständigkeit bei Ordnungswidrigkeiten nach § 238 Abs. 3 SGB IX, die Beschäftigungssituation von schwerbehinderten Menschen in der Justiz, die Gewinnung von neuen Mitgliedern für den Fachbereich und die E-Akte.

An der Sitzung des Fachbereichs haben Kolleginnen und Kollegen aus sieben Bundesländern teilgenommen: Heinz Peter E. (Saarland), Nadine Kairat (RLP), Christoph Vollert (Schleswig-Holstein); Günter Uhlworm (NRW), Ines Kunze (Hamburg) Uwe Diederich (Hessen), und Heidi Stuffer (Bayern) v.l.

Übertragung der Aufgaben der Bußgeldstelle für Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwerbehindertenrecht an das Zollamt

Aktuell ist die Bundesagentur für Arbeit zuständig für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

§ 238 Abs. 3 SGB IX. Der Fachbereich Menschen mit Behinderungen kritisiert neben anderen Institutionen diese Zuständigkeit bereits seit Jahren und fordert, dass die Aufgaben der Bußgeldstelle für Ordnungswidrigkeiten an das Zollamt übertragen werden. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass die Bundesagentur für Arbeit in dieser Aufgabe in einem Interessenskonflikt stehe: Einerseits werbe sie bei Betrieben/Dienststellen dafür, Menschen mit Schwerbehinderungen einzustellen, andererseits habe sie gegenüber diesen Betrieben/Dienststellen eine Kontrollfunktion und müsse Pflichtverstöße als Ordnungswidrigkeiten ahnden.

Gewinnung von weiteren Bundesländern für den Fachbereich

Als neues Mitglied durften wir Christoph Vollert (Schleswig-Holstein) begrüßen, was uns sehr gefreut hat! Der Fachbereich wirbt bei der Bundesleitung der DJG intensiv dafür, dass alle Bundesländer Vertreterinnen und Vertreter zu den Sitzungen des Fachbereiches entsenden. Aktuell sind nur 9 Bundesländer vertreten.

Die Vorsitzende des Fachbereichs, Heidi Stuffer, wird in den kommenden Monaten in die Bundesländer reisen, aus denen noch kein Mitglied für den Fachbereich durch den Landesvorsitzenden benannt wurde und dort für den Fachbereich werben.

Neueinstellung und Beschäftigung – Programme zur Steigerung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen in der Justiz

Derzeit ist die Zahl der Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen für die Justiz verhältnismäßig niedrig, was u.a. in einer sinkenden Beschäftigungsquote resultiert.

Die Bundesländer haben verschiedene Maßnahmen und diverse Programme für die Neueinstellung und Steigerung der Quote eingeführt. In NRW gibt es verschiedene Maßnahmen:

1. Koordinierende Stelle für Inklusion für die gesamte Landesverwaltung im Ministerium des Innern. Informationen über Inklusionsprojekte sollen ressortübergreifend besprochen werden.

2. Referat für Diversität im Ministerium der Justiz- Hier wird zurzeit ein neues Projekt mit einer Fachpraktikerausbildung (Theoriereduzierte Ausbildung) für schwerbehinderte Meschen ins Leben gerufen.

Tagung: Inklusion braucht Kommunikation

Vom 9. – 11. Oktober 2023 findet das Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen in Siegburg statt. Das Programm nimmt Zukunftsfragen für die Inklusion in der Arbeitswelt in den Blick: Melanie Glücks und Timo Wissel (LVR-Inklusionsamt) sprechen in einem Impulsvortrag über die Rolle der Vertrauensperson. Christoph Beyer, Leiter LVR-Inklusionsamt Köln und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH), gibt einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung zur Inklusion. Anschließend trägt Susanne Strehle BMAS zum Thema „Wie geht es weiter mit der inklusiven Arbeitswelt in Deutschland?“ vor. Stefanie Floegel, Jobcoach, referiert über „Psychische Gesundheit braucht Kommunikation“. Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel schließt die Veranstaltung mit einem Vortrag zu „Demokratie braucht Inklusion“.

Barrierefreiheit zu den Fachverfahren:
GeFa und e-Akte

Im Fachbereich besteht große Einigkeit darin, dass nur ein bundesweites Kompetenzzentrum für barrierefreie IT in der Justiz auf Dauer zielführend sein kann. Jedes Bundesland sollte hierfür Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die digitale Barrierefreiheit stellen, damit auch seh- und hörbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Soft- und Hardware arbeiten können.

Heidi Stuffer
Fachbereichsleiterin

Inklusion und Teilhabe

Öffentliche Arbeitgeber mit monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Jahresdurchschnitt, haben auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen.

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX entrichten Arbeitgeber, die die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen, eine Ausgleichsabgabe. Wir, die DJG, als auch unser Dachverband hatten seit Jahren eines Erhöhung dieser Abgaben gefordert. Daher begrüßen wir das am 13.06.2023 in Kraft getretene Gesetz der Bundesregierung zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts, welches eine Erhöhung der Ausgleichszahlung vorsieht.

Es geht nicht nur darum, mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit zu bekommen, sondern auch durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass sie lange gleichberechtigt und selbstbestimmt am Arbeitsleben teilnehmen können. Auch dies ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Fachbereich Senioren:

Wir waren was Ihr seid - Ihr werdet, was wir sind!

Seniorenseminar „Rund um die Pflege – Erbe – Gesundheit“

Lange hatten wir auf dieses Seminar gewartet – endlich und dann wiederum kurzfristig konnten wir unsere Wünsche der dbb akademie vortragen und in Fulda anreisen. Dort wurden wir nicht nur zuvorkommend empfangen, sondern zu unserer Freude auch als „Jugendseminar“ betitelt.

Mit unserer seniorentypischen Frische und Wissbegier besuchten wir gleich am Anreisetag die „Osthessische Gesundheitsmesse“, die unter dem Motto stand „fit for life- gesund in jeder Lebensphase“. Sehr viele unterschiedliche Aussteller darunter auch Krankenhäuser und Kureinrichtungen präsentierten sich und ihre Behandlungsvielfalt.

Wir konnten uns über die eine breite Palette an Wege der Gesundheitsvorsorge, der Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten informieren und individuelle Gespräche mit

Fachärzten führen. Neben dem Hörtest, den Blutzucker – und Blutdruckwertebestimmungen wurde auch ein Lungentest angeboten, sowie Geräte zur körperlichen Fitness vorgestellt und Naturprodukte zum Verzehr gereicht.

Sehr intensiv und komplex wurden die Themen „Rund um die Pflege“ behandelt, als da waren: Heilfürsorge, Beihilfe,

Pflegestufen und ihre Voraussetzungen sowie Festlegungen, ausländische Pflegekräfte, Beratungshilfen und Vollmachten sowie der Kompaktkurs Demenz. Ein großes Dankeschön an den Dozenten Jan Oliver Krzywanek vom dbb-bund, der geduldig auf unsere Fragen antwortete und sich auch dafür weiterhin zur Verfügung stellt.

Dass es sehr unterschiedliche Möglichkeiten der Erbschaft gibt und auch, wie man sich in besonderen Fällen davor schützen kann, war den meisten von uns bekannt. Dozentin Uta Weise erläuterte nicht nur das formale Recht und seine Modernisierung, die Erbordnung nach dem Motto „**Gut geht nach Blut“** sondern auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Formulierung von Testamenten unter Beachtung der vorgeschriebenen Form und deren späteren Auswirkungen sowie die Fristen. Nicht zu unterschätzen und zu vernachlässigen ist das digitale Erbe.

Neu war die Information, dass erbrachte Pflegeleistungen

aus der Erbmasse honoriert werden, wenn zuvor eine schriftliche Festlegung getroffen wurde und der Pflegegrad von mindestens Stufe II vorlag.

Die Voraussetzungen zur Rückabwicklung von Grundstücken – ein besonderer Punkt unseres Seminars – wurden ausführlich besprochen. Auch dieser Dozentin gilt unser herzlicher Dank, deren Vortrag lebhaft, aufschlussreich und unter aktiver Einbeziehung aller Anwesenden rasch verlief.

Die Aus- und Bewertung der Teilnehmenden an diesem Seminar war insgesamt sehr positiv und beflügelt mich, auch im kommenden Jahr um die Möglichkeit zu weiteren Themen bei der Bundesleitung anzufragen.

Sabine Wenzel,
Fachbereichsleiterin

Fachbereich Tarif:

Treffen des Fachbereichs Tarif im September 2023

Es trafen sich wieder viele engagierte Mitglieder zur Fachbereichssitzung aus fast allen Bundesländern. Dieses Treffen fand im AZK in Königswinter statt. Viele Themen wurden besprochen und diskutiert.

Immer noch das Hauptthema die Umsetzung des BAG-Urteils. Alle anwesenden Länder berichteten darüber. In manchen Ländern wird aktiv umgesetzt und in manchen Ländern passiert allerdings auch noch nichts.

Wir hoffen darauf, dass nunmehr alle Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen und Serviceeinheiten ihre korrigierende Eingruppierung erhalten

Hier kann man mal sagen, Musterverfahren bis zum Bundesarbeitsgericht führten endgültig zum Erfolg.

Mitgliedschaft lohnt sich!

Vorausschauend auf die Tarifverhandlungen haben wir diskutiert, welche Forderungen die DJG an den dbb beamtenbund und tarifunion weitergeben wird.

Die Regionalkonferenzen, an denen auch einige unserer Mitglieder des Fachbereichs teilnahmen starteten nach unserer Sitzung, die nunmehr bereits zu Ende gegangen sind.

Die Teilnehmenden waren sich einig: Eine Forderung nach mindestens Abschluss TVöD ist mehr als gerechtfertigt. Diese Forderung haben wir in allen Regionalkonferenzen eingebracht.

Liebe Mitglieder, nunmehr brauchen wir EUCH!

Geht mit uns gemeinsam auf die Straße! Lasst uns für ein gerechtes Einkommen kämpfen!

Der Fachbereich hat natürlich schon überlegt, mit welchen Maßnahmen wir die Tarifverhandlungen begleiten werden. Soviel sei gesagt: Haltet euch den Herbst frei! Auch hier gilt: als Mitglied mitzumachen und sich gegenseitig zu unterstützen! Wir werden rechtzeitig im Internet und auf Sozialmedia berichten. Der Fachbereich Tarif beschäftigt derzeit auch mit der Veränderung des Berufsbildungsgesetzes für die Justizfachangestellten. Zwei Mitglieder des Fachbereichs werden aktiv an diesen Prozess beim Bundesjustizministerium teilnehmen. Diese Gespräche sind ebenfalls für den Herbst terminiert. Auch darüber werden wir berichten.

Liebe Mitglieder: Ein heißer Herbst steht uns bevor!

Viel Input untereinander und der übliche gemeinsam Austausch rundeten unsere Fachbereichssitzung ab.

Karen Altmann
Fachbereichsleiterin

Bildquellen im Artikel:
Friedrich Windmüller, Kerstin Seipt
und Nathalie Zimmermann

Junge DJG

Bundesjugendausschuss in Berlin: Gemeinschaft, Engagement und Austausch

Die Tage vom 20. bis 22. April standen ganz im Zeichen des Bundesjugendausschusses der Jungen DJG in Berlin. Der Bundesjugendausschuss, als das zweithöchste Gremium der Jungen DJG, versammelte viele engagierte Mitglieder aus den verschiedenen Bundesländern.

In konstruktiven Arbeitsphasen wurde nicht nur über aktuelle Entwicklungen in der Justiz diskutiert, sondern auch der Blick in die Zukunft gerichtet. Ein zentrales Thema war dabei, wie junge Menschen generell für gewerkschaftliche Arbeit begeistert werden können. Der Austausch von Erfahrungen und Ideen bildete die Grundlage für eine lebendige Diskussion über die Herausforderungen und Chancen, vor denen junge Gewerkschaftsmitglieder stehen.

Ein besonderes Highlight der Veranstaltung waren die Abendveranstaltungen, die die Gemeinschaft stärkten und für eine angenehme Atmosphäre sorgten. Am ersten Abend stand ein gemeinsames Essen auf dem Programm, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in entspannter Atmosphäre näher kennenlernen konnten.

Der Höhepunkt folgte am zweiten Abend mit einem Besuch der Varietéshow im "Knutschfleck Berlin". Bei Speisen und Getränken erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine unterhaltsame Show, die nicht nur für gute Laune sorgte, sondern auch den Zusammenhalt innerhalb der Gruppe stärkte.

Besondere Impulse erhielt die Tagung durch die Anwesenheit von Toni Nickel und Claudio Albrecht von der dbb Jugend. Die beiden Referenten berichteten unter anderem aus den Tarifverhandlungen des TV-ÖD und boten wertvolle Einblicke. Die Hoffnung besteht, ein ähnlich erfolgreiches Ergebnis auch in den Tarifverhandlungen des TV-L zu erzielen.

Die Bundesjugendleitung der Jungen DJG zeigt sich erfreut über die rege Beteiligung und das engagierte Mitwirken der zahlreichen jungen Menschen, die aus den verschiedenen Bundesländern angereist waren. Die Teilnahme am Bundesjugendausschuss in Berlin ermöglichte einen fruchtbaren Austausch und zeigte, dass die junge Generation bereit ist, sich aktiv für gewerkschaftliche Belange einzusetzen.

Abschließend betont die Bundesjugendleitung die Notwendigkeit, die Gewerkschaftsarbeit für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Die Hoffnung liegt darauf, dass in Zukunft mehr Bundesländer eigene gewerkschaftliche Jugendorganisationen ins Leben rufen. Eine verstärkte Zusammenarbeit auf dieser Ebene könnte dazu beitragen, die Interessen und Anliegen der jungen Gewerkschaftsmitglieder effektiver zu vertreten und eine dynamische Jugend innerhalb der Justizgewerkschaft zu fördern.

David Felsner
Bundesjugendleitung

Fachbereich Rechtspfleger

Mehr als nur Kollegen: Fachbereich Rechtspfleger - eine starke Gemeinschaft

Die diesjährige Präsenztagung des Fachbereichs „Rechtspfleger“ fand vom 28. – 30. September 2023 in Königslutter statt. Insgesamt acht Kolleginnen und Kollegen reisten von nah und fern an, um sich zu bekannten und neuen Themen im Fachbereich auszutauschen.

Nach einem kurzen Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate legten wir die Ziele des Fachbereichs für die Zukunft fest. Wichtig ist uns, unsere Arbeit von den Landesverbänden abzugrenzen, um einer Überschneidung von Aufgaben und Tätigkeiten vorzubeugen.

Wir werden:

- die Landesverbände auf deren Wunsch hin mit unserem Fachwissen im Bereich der Rechtspflegergeschäfte unterstützen.
- Informationen und Dokumentationen über relevante Themen zusammentragen und für alle bereitstellen. Im ersten Schritt werden wir uns bei der nächsten ViKo dem Thema „Aufgabenübertragung“ zuwenden.
- uns mit Fragen zur Vertrauensarbeitszeit oder zur Besoldung beschäftigen.
- das Projekt „Rechtspflegerpräsidium“ in NRW begleiten, Informationen hierzu zusammentragen, den aktuellen Sachstand feststellen und das Potential für Anwendung in weiteren Bundesländern ermitteln.
- die Umsetzung unserer Anträge an den DBB Gewerkschaftstag mit Hilfe der Bundesleitung verfolgen.

Gemeinsam haben wir im Rahmen unserer Tagung einen Flyer über unseren Fachbereich und einen Text für die Website erarbeitet, welcher bereits unter Fachbereiche – Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund (djg.de) abrufbar ist. Der Flyer wird alsbald von der Bundesleitung an die einzelnen Landesverbände weitergeleitet werden. Er soll in den Landesverbänden als Werbung für den Fachbereich verteilt werden, da immer noch Kolleginnen und Kollegen aus einige Bundesländern fehlen. Der Flyer kann aber auch für die Mitgliedergewinnung unter den Rechtpflegerinnen und Rechtspflegern von den Landesverbänden genutzt werden. Als roter Faden findet sich in diesem Flyer immer wieder das gelbe Puzzleteil „Rechtspfleger“ wieder, da wir uns als Fachbereich als ein Teil der DJG verstehen.

Da wir regelmäßig von der Bundesleitung aufgefordert werden, zu Gesetzesvorhaben des BMJ Stellung zu nehmen, haben wir innerhalb des Fachbereichs hierzu ein neues Prozedere entwickelt, um möglichst fach- und zeitgerechte Stellungnahmen abgeben zu können.

Unser Treffen war wieder geprägt von einem herzlichen Umgang miteinander und dem Fachbereichshund Skye. So macht Gewerkschaftsarbeit Spaß!

Thomas Kratzberg
stv. Fachbereichsleiter

Aus den Landesverbänden ...

Landesverband Brandenburg

„Neuer Vorstand gewählt“

Der Vorstand von links nach rechts:
Martin Franke, Katrin Luther, Patricia Schreier, Petra Schmidt, Anett Zielonka. Frau Schneider war bei der Erstellung des Fotos verhindert.

Anlässlich einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbands am 7. Oktober 2023, wurden neben einer neuen Vorsitzenden und Stellvertreterin auch zwei weitere Vorstandsmitglieder gewählt.

Der neue Vorstand setzt sich demnach wie folgt zusammen:

Patricia Schreier	Vorsitzende
Petra Schmidt	Stellvertreterin
Martin Franke	Beisitzer
Katrin Luther	Beisitzerin
Anett Zielonka	Beisitzerin
Renate Schneider	Beisitzerin

Der Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion des Landes Brandenburg, Ralf Roggenbuck, beglückwünschte den neuen Vorstand und wünschte ihm viel Erfolg.

Landesverband Niedersachsen

„Generationsübergreifend Zukunft gestalten, gemeinsam machen wir Justiz“

Unter diesem Motto fand der Landesgewerkschaftstag der Deutschen-Justiz Gewerkschaft (DJG) Landesverband Niedersachsen vom 26.09.2023 bis 27.09.2023 in Königslutter statt.

Am 26.09.2023 stand als wichtigster Tagesordnungspunkt die Wahl des neuen Vorstandes und des/r neuen Vorsitzenden sowie die Wahlen zu den Leiter:innen und ggf. deren Stellvertreter:innen für die Fachbereiche, der Landesfrauenvertretung, der Landesjugendvertretung und der Rechnungsprüfer an. Die DJG Niedersachsen hat in den Fachbereichen für Senioren, Wachtmeister, mittlerer Dienst, gehobener Dienst/Rechtspfleger, Tarifrecht und für schwerbehinderte Menschen neu gewählt.

Darüber hinaus ist eine umfangreiche Satzungsänderung verabschiedet worden.
Der Landesgewerkschaftstag hat sich per Beschluss dazu entschieden, nach dem Ausscheiden von Gerlind Hildebrandt wieder eine Doppelspitze und damit zwei Landesvorstandsvorsitzende zu wählen. Zur Wahl stellten sich Torsten Lieberam und Bianca Korbanek, die in einer geheimen Abstimmung auch gewählt wurden.

Als stellvertretende Vorsitzende für den Vorstand haben sich 5 Mitglieder beworben von denen Alexandra Lux, Andreas Hahn, Maike Preuß und Bettina Kratzberg gewählt wurden. Als Schriftführerin wurde Sandra Müller und als Rechnungsführer Tim Sommer wiedergewählt. Der neue Vorstand hatte dann auch gleich seine Arbeit aufzunehmen und führte den Rest des Tages durch die Veranstaltung.
Auf einen vergnüglichen Abend mit Domführung und vielen Gesprächen unter den Delegierten bei einem kleinen Getränk folgte am 27.09.2023 der politische Teil des Landesgewerkschaftstages.

Zur Diskussion über die Zukunft der Justiz waren zahlreiche Vertreter aus Gesellschaft und Politik eingeladen. Detlev Schulz-Hendel (Bündnis 90/Die Grünen), Gernot Lustig (Nds. MJ), Alexander Zimbehl (nbb), Christian Calderone (CDU), Evrim Camuz (Bündnis 90/Die Grünen), Ulf Prange (SPD) und Sarah Buss (FDP)
nahmen Stellung zur Zukunft der Justiz und ihren Vorstellungen über die möglichen und notwendigen Veränderungen zum Wohle der Justiz.
Detlev Schulz-Hendel: „Die Justiz ist ein Garant für Demokratie und Rechtsstaat. Die Forderungen sind alle berechtigt.“
Gernot Lustig: „Die Justiz steht in Konkurrenz zu Wirtschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Moderne Arbeitsplätze sind wichtig bei der Nachwuchsgewinnung.“
Christian Calderone: „Die Justiz steht am Scheideweg.“
Evrim Camuz: „Nachwuchs kann sich auch aus Immigration generieren.“
Ulf Prange: „Der Landeshaushalt für die Justiz ist zu klein.“
Sarah Buss: „Ich glaube an den Rechtsstaat. … Die Arbeit muss sich meinem Leben anpassen z.B. mit mobiler Arbeit.“ Dies sind nur kleine Auszüge aus der Länge und der Vielzahl von Redebeiträgen.
Darüber hinaus besuchten uns Vertreter der anderen 15 Landesbünde der DJG sowie von der Bundesleitung Wolf-Dieter Müller mit Redebeitrag sowie Vertreter aus

Detlev Schul-Hendel

Gernot Lustig

Alexander Zimbehl

Christian Calderone

Evrim Camuz

Ulf Prange

Sarah Buss

den anderen Justizverbänden wie den Wachtmeistern, den Sozialarbeitern, den Amtsanwälten und den Strafvollzugsbediensteten (mit Redebeitrag von Oliver Mageney).

Fakt ist, dass eine zukunftsfähige Justiz einen Bedarf an ausreichendem Personal mit fairer und angemessener Bezahlung, moderner und leistungsfähiger Ausstattung im Rahmen der Digitalisierung, flexibler Arbeitsformen für die Gesundheit und Motivation der Mitarbeiter und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat.
Es gilt nicht nur Nachwuchs zu gewinnen, sondern auch die Mitarbeiter zu halten, die bereits in der Justiz arbeiten und täglich ihr Bestes geben.

Die Justiz ist Teil der Demokratie, dritte Säule der Gewaltenteilung und sollte dementsprechend die Anerkennung und Wertschätzung erhalten.

Ein erstes Zeichen der Anerkennung für die Justiz und die Wertschätzung für die Arbeit, die die Mitarbeiter täglich leisten, wäre ein erfolgreicher Tarifabschluss im Bereich TvL. Wir verlangen mindestens das Gleiche wie im Tarifabschluss des TvöD und fordern noch ein bisschen mehr.

Bianca Korbanek
Landesvorsitzende

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V. und der Landesverband Hessen trauern um

Bernd Wagner

der am 12.08.2023 nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Mit tiefer Trauer gedenken wir dem Verlust eines außergewöhnlichen Menschen, Bernd Wagner. Bernd war nicht nur ein engagierter Bewährungshelfer, sondern auch ein herausragendes Mitglied der Deutschen Justiz-Gewerkschaft in Hessen, wo er viele Jahre lang den Fachbereich Soziale Dienste mit Hingabe leitete. Darüber hinaus war er auf Bundesebene im Fachbereich Soziale Dienste aktiv.
Bernd Wagner war weit mehr als nur ein Kollege, er war ein wunderbarer Mensch und ein angenehmer Gesprächspartner, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen seiner Mitmenschen hatte. Seine warmherzige Art und seine Bereitschaft, anderen zu helfen, haben viele Menschen inspiriert und berührt.
In seiner beruflichen Tätigkeit als Bewährungshelfer setzte sich Bernd unermüdlich für die Resozialisierung von Straffälligen ein. Sein Engagement und seine fachliche Kompetenz waren wegweisend und trugen maßgeblich dazu bei, das Leben vieler Menschen positiv zu verändern.
Bernd Wagner hinterlässt nicht nur in beruflicher Hinsicht eine Lücke, sondern auch im Herzen seiner Kolleginnen und Kollegen sowie all derer, die das Glück hatten, ihn zu kennen. Sein Tod hat uns zutiefst getroffen, und wir werden sein Lächeln, seine Empathie und seine leidenschaftliche Hingabe an die Belange der Gemeinschaft schmerzlich vermissen.
Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei Bernds Familie und seinen Freunden. Möge ihnen Trost und Stärke in dieser Zeit des Abschieds und der Trauer zuteil werden.
Bernd Wagner wird in unseren Herzen und Gedanken weiterleben. Sein Vermächtnis des sozialen Engagements und der Menschlichkeit wird uns immer begleiten, während wir uns an die kostbaren Momente erinnern, die wir mit ihm teilen durften.
Wir verneigen uns vor Bernd Wagner und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Termine 2023:

13.-15.10.2023	Bundesleitung
17.-18.11.2023	Bundesleitung
18.-19.11.2023	Bundesvorstand
20.-21.11.2023	Gewerkschaftstag
01.-02.12.2023	BJA Junge DJG, Hamburg

Termine 2024:

14.-16.01.2024	DBB Jahrestagung, Köln

Impressum:

Herausgeber:
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:
Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle: Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
redaktion@djg-bund.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung

Bildmaterial/Illustrationen:
E. Schmidt, S. Wenzel, B. Korbanek, B. Spaniol, M. Rieck

Autoren: E. Schmidt, B. Korbanek, S. Wenzel, K. Altmann, H. Stuffer, P. Schreier, T. Kratzberg

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor verantwortlich.